Politische Rundschau.

Deutschland.

*Der Kaiser feierte das fürstliche Silberpaar von Schaumburg-Lippe zu Bückeburg in einem längeren, herzlichen Trinkspruch und schenkte dem Fürsten die Schaumburg im Wesertal.

*Die Denkschrift über Kiautschou, die jetzt dem Reichstage vorgelegt worden ist, weist zahlenmäßig die stetige Entwickelung dieser ostasiatischen Kolonie nach, deren 10jähriges Besitzjubiläum wir im November d. feiern. Die Einnahmen sind von 1 Million auf 1,37 Mill. gestiegen, desgl. der Wert des Handels von 32,4 Mill. auf 39 Mill. Wenn man in Betracht zieht, daß dieses Ergebnis in einer Zeit erreicht wurde, wo die geschäftliche Lage in Ostasien keine günstige war, so darf man für die Zukunft das Beste hoffen, um so mehr, als sich jetzt das ausländische Kapital mehr und mehr am Handel in Kiautschou zu beteiligen beginnt.

*Die Veteranenbeihilfe kann vom 1. April d. ab auch solchen Reichsangehörigen gewährt werden, die im dänischen Heere die Kriege von 1848 bis 1850 und von 1864 mitgemacht haben.

*Die Stadtverordneten-Versammlung in Breslau nahm mit großer Mehrheit die Einführung einer Wertzuwachssteuer (für unbebauten Boden) an.

*Wie aus Hamburg gemeldet wird, hat der Hafenbetriebsverein beschlossen, die Verhandlungen mit den streikenden Hafenarbeitern wieder aufzunehmen, falls die gesamten Hafenarbeiter in diesem Jahre von der Maifeier absehen.

Österreich-Ungarn.

*Kaiser Franz Joseph ist in Prag eingetroffen und trotz strömenden Regens von großen Menschenmassen empfangen und aufs lebhafteste begrüßt worden. Der letzte Besuch des Monarchen in Böhmen fand vor kaum mehr als neun Monaten statt und galt der prächtigen Landesausstellung in Reichenberg, nachdem vorher etwa sieben Jahre ohne einen Kaiserbesuch in dem Lande der deutsch-tschechischen Sprachenkämpfe vergangen waren. Der greise Kaiser dankte auf die Begrüßungsreden in tschechischer Sprache und fügte in deutscher Sprache den Wunsch hinzu, daß in Böhmen Friede und Eintracht einkehren mögen.

Frankreich.

*Wegen der Verfügung des Ministerpräsidenten, die den Offizieren und Beamten die Teilnahme an der kirchlichen Jeanne d'Arc-Feier in Orleans verbot, ist dort große Verstimmung entstanden. Infolgedessen hat jetzt Clemenceau die Zivilbehörden der Stadt ermächtigt, eine besondre Festlichkeit zu Ehren der Jeanne d'Arc zu veranstalten. Die Mißstimmung dauert aber fort, da man sehr wohl fühlt, daß das Fest ohne die kirchliche Feier, die sonst seinen Mittelpunkt bildete, nach und nach an geschichtlichem Wert verlieren werde.

England.

*Zur Begegnung des Königs Eduard mit dem König Viktor Emanuel schreibt das Regierungsorgan, daß die englisch-italienische Freundschaft Italiens Stellung zum Dreibund nicht berühre. Allerdings habe Italien auch Interessen, zu deren Verwirklichung es der Unterstützung Englands bedürfe.

*Die englische Reichs- oder Kolonialkonferenz hat in London ihre Tagungen begonnen. Auf dem Programm stehen die beiden wichtigen Fragen der Beisteuer der Kolonien zu den Reichswehrkosten und die Frage der Vorzugszölle, die das Ministerium gegen seinen Willen in das Konferenzprogramm aufgenommen hat.

Italien.

*Der Papst sprach sich im geheimen Konsistorium eingehend über den Kirchenstreit in Frankreich aus. „Die Regierung in Paris," sagte er, „sei nicht zufrieden damit, das Konkordat willkürlich abgebrochen, die Kirche gewaltsam beraubt und die wahren alten Ruhmestitel ihres Vaterlandes verkannt zu haben, bemüht, aus den Herzen ihrer Mitbürger jeden Rest von Religion auszureißen, indem sie jegliche Ausschreitung beging, auch die, die der französischen Höflichkeit am meisten widerstrebe, dadurch, daß sie jedes private und öffentliche Recht verletzte, den Episkopat und die Geistlichkeit verleumdete und versuchte, diese von dem Heiligen Stuhl zu trennen und das gegenseitige Vertrauen zu erschüttern." Der Papst schloß: „Dem Haß werden wir die Liebe, dem Irrtum die Wahrheit, den Beleidigungen und Schmähungen die Vergebung entgegenstellen und Gott bitten, daß die Feinde der Religion aufhören mögen, diese zu verfolgen, sowie daß, wenn die Freiheit der Kirche wiederhergestellt ist, alle, auch solche, die nicht Katholiken, aber Freunde der Zivilisation und der Rechtlichkeit sind, mit uns zusammen arbeiten zum allgemeinen Wohl und für das Glück ihres Vaterlandes."

Holland.

*Das Haager Bureau hat jene Mächte, die besondere Anträge zur Friedenskonferenz zu stellen wünschen, schriftlich aufgefordert, ihre Anträge umgehend einzureichen.

Dänemark.

*Im Landsthing erklärte der Minister des Äußern in Beantwortung einer Anfrage, daß Dänemark immer anerkannt habe und fortfahren werde, geltend zu machen, daß nach den Bestimmungen des Völkerrechts die Passage durch die dänischen Durchfahrtsgewässer frei und offen für alle Schiffe sei. Hoffentlich verstummen nun die englischen Gerüchte von einer deutscherseits betriebenen und beabsichtigten Schließung der Ostsee.

Portugal.

*Wegen des Studentenstreiks in Lissabon hat die Regierung die Unterbrechung der Vorlesungen an der Universität Coimbra und allen höheren Schulen Portugals angeordnet; nur die höheren Militärschulen bleiben offen.

Rußland.

*In dem Streite zwischen dem Ministerpräsidenten Stolypin und dem Präsidenten der Reichsduma über die Grenzen der Machtbefugnis der russischen Volksvertretung ist nicht zum wenigsten durch das entgegenkommende Verhalten des Ministerpräsidenten eine Einigung erzielt worden. Und zwar ist man dahin übereingekommen, daß die Duma in Zukunft Sachverständige zur Abgabe von Gutachten beiziehen, sie aber nicht zu den Beratungen in den Kommissionen zulassen darf. Damit ist wieder ein Konfliktstoff aus der Welt geschafft, der ein ersprießliches Zusammenarbeiten von Regierung und Duma eine Zeitlang ernstlich in Frage stellte, und Golowin hat sich zweifellos ein großes Verdienst um die Entwickelung seines Vaterlandes dadurch erworben, daß er sich nicht darauf versteifte, zweifelhafte Rechte der Duma zu verfechten, sondern der Regierung die Hand zu einem annehmbaren Vergleiche bot.

Amerika.

*In einem Schreiben, das Roosevelt an den Vorsitzenden der Friedensliga in New York richtete, bezeichnete der Präsident die Frage des allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages als die wichtigste Frage für die zweite Haager Friedenskonferenz und drückt die Hoffnung aus, daß die Nationen einen derartigen Vertrag annehmen werden. Die Frage der Einschränkung der Rüstungen sei dagegen nicht eine der wichtigsten. Die eigenartige Stellung der Ver. Staaten mit ihrer kleinen Armee und Marine berechtige Amerika nicht, in dieser Frage andern Nationen gegenüber die Haltung eines Schulmeisters anzunehmen.

*Der Kongreß der nationalen Friedensliga in New York, an dem auch Vertreter Deutschlands teilnehmen, begann mit dem Austausch heftiger Meinungsverschiedenheiten, weil am Eröffnungstage ein berühmter Pastor in New York gepredigt hatte, jedweder Krieg sei wie andre Kämpfe in der Natur notwendig und daher die Friedensliga überflüssig. Der Vorsitzende Andrew Carnegie hielt eine längere Rede, in der er darauf hinwies, daß es hauptsächlich in der Hand des deutschen Kaisers liege, den Krieg abzuschaffen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Montag die zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern fort. Abg. Horn (soz.) besprach, wie alljährlich bei diesem Gegenstande, die Lage der Arbeiter in der Glasindustrie. Abg. Dirksen (freikons.) kündigte einen freikonservativen Antrag über die Reform der Gesindeordnung im preußischen Abgeordnetenhause an und polemisierte dann gegen die Sozialdemokratie und ihren gegen die Arbeitswilligen bei Streiks gerichteten Terrorismus. Staatssekretär Graf Posadowsky bemerkte hierzu, daß sich das Reichsjustizamt bei der Schaffung des neuen Strafgesetzbuchs auch um eine schärfere Fassung aller gegen ungerechtfertigten Zwang gerichteten Bestimmungen bemühe, da aber gegen eine Einschüchterung Arbeitswilliger mit außerordentlichen Mitteln um so weniger anzukämpfen sei, als sich in der Mehrzahl der Fälle nachträglich weder Anzeiger noch Zeugen finden. Abg. Potthoff (frs. Vgg.) wies gegenüber dem Abg. Dirksen auf den Terrorismus hin, der seitens mancher Arbeitgeber, z. B. der Hamburger Reeder, erfolgt sei. Auch den Privat- und Staatsbeamten dürfe das Recht auf freien Zusammenschluß nicht verkümmert werden; die Einzelstaaten und Eisenbahnverwaltungen seien harte Arbeitgeber. Abg. Junck (natl.-lib.) trat gleichfalls für ein freies Koalitionsrecht ein, er sprach die Erwartung aus, das neue Vereinsgesetz werde besser sein, als die Gewerkschaftsvorlage, und ein Werk im Sinne des Grafen Posadowsky, von dem man sich noch viel Gutes versprechen dürfe. In ähnlichem Sinne sprach dann noch der Abg. Schiffer (Zentr.), der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftsverbandes.

Am 16. d. wird die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Abg. Sachse (soz.): Auch der Abg. Schiffer hat das Lied der andern Parteien gegen die Sozialdemokratie angestimmt. Von den polizeilichen Schikanen kann auch unsre Partei ein Lied singen, namentlich bezüglich der Behandlung der Gewerkschaften, denen man unter allen möglichen Vorwänden die Versammlungssäle abtreibt. Wenn die Reichspartei sich die Sozialpolitik des Frhrn. von Stumm zum Muster nimmt, so danken wir dafür. Frhr. v. Stumm hat seine Arbeiter vollständig rechtlos gemacht, er gestattete ihnen nicht einmal, sich zu verheiraten. Von einem Terrorismus in dem von Herrn v. Dirksen behaupteten Umfange ist keine Rede, vielmehr kann man von einem allzugroßen Terrorismus der Unternehmer sprechen. Ich hoffe, daß die Regierung sich nicht von den Scharfmachern aufs Glatteis führen läßt, und daß sie nicht der Forderung nach einem neuen Zuchthausgesetz nachkommt. Die Unfallverhütungsvorschriften in den Bergwerksbetrieben müssen, um sie auch für die ausländischen Arbeiter wertvoll zu machen, in verschiedenen Sprachen zum Anschlag gelangen, dadurch würde ein großer Übelstand beseitigt werden.

Abg. v. Staudy (kons.): Abg. Naumann hat sich namentlich über das langsame Tempo in der Sozialpolitik beschwert. Ich hoffe, daß er nach der trefflichen, staatsmännischen Rede des Grafen Posadowsky andrer Ansicht geworden ist. Es fällt keiner Partei ein, eine Fortbildung unsrer Sozialpolitik nicht für nötig zu halten. Von einem Mißtrauen gegen die Arbeiter ist nicht die Rede. Mißtrauen haben wir nur gegen die Agitatoren, die in unzulässiger Weise niedrige Instinkte bei den Menschen hervorzurufen suchen, welche alles niederreißen wollen, was besteht und unbedingt bestehen muß, und was uns und auch Herrn Naumann hoch und heilig ist. Bezüglich der Zusammenlegung der drei großen Versicherungsarten scheint sich der Staatssekretär widersprochen zu haben, er nahm jetzt gegenüber früheren Erklärungen eine ablehnende Stellung ein.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es würde sich nicht empfehlen, die großen, auf gewaltige Industrien aufgebauten Berufsgenossenschaften aufzuheben, die ebenso wie die Krankenkassen und landwirtschaftlichen Genossenschaften große Vermögen gesammelt haben. Dadurch würde auch sehr viel tatsächliche Sachkenntnis verloren gehen. Das Verfahren innerhalb der Korporationen muß vereinfacht werden, aber die Schaffung eines großen zentralistischen Organismus für jedes Land oder jede Provinz ist, wenn überhaupt möglich, so doch nur schrittweise durchzuführen. Darin gebe ich dem Abg. Staudy allerdings recht, daß man heute, wenn es sich um die erste Schaffung der drei Versicherungszweige handeln würde, keine getrennten Organismen ins Leben rufen würde; wenn der Herr Abgeordnete aber die gegenwärtige Vorlage sehen wird, so wird er finden, daß sie ein großes Maß von Arbeit in sich enthält und einen sehr großen Fortschritt bedeutet. Man hat ferner das bestehende Markensystem getadelt; eingehende Prüfungen haben uns aber davon überzeugt, daß dieses System allein den beiden wichtigsten Faktoren der Arbeiterversicherung, nämlich der Länge der Arbeitszeit und der Höhe des Lohnes Rechnung zu tragen vermag. Redner stellt sodann gegenüber dem Abg. Dirksen fest, daß die Aufhebung des Verbindungsverbotes zwischen politischen Vereinen im Jahre 1899 auf Grundlage des Regierungsversprechens des Reichskanzlers Hohenlohe erfolgt sei, somit mit dem „Arbeitswilligengesetz" (der Zuchthausvorlage) in keinem Zusammenhang gestanden habe, und bespricht dann in kurzen Worten einen mit seiner eignen Bemerkung über die Einführung einer englischen Invalidenversicherung im Zusammenhang stehenden Artikel Lord Rosebery's in den „Times".

Abg. Trimborn (Zentr.) präzisiert die Stellung des Zentrums zu den einzelnen Resolutionen.

Abg. Müller-Meiningen (frs. Vp.) tritt für eine Ausdehnung des Vereins- und Versammlungsrechts auf die Frauen ein.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die Resolutionen zum Etat des Reichsamtes des Innern. Diese ergibt die Annahme sämtlicher Resolutionen mit Ausnahme der Resolutionen Pauli (kons.) betr. Ansammlung eines Reservefonds bei der Unfallversicherungsgesetzgebung — und Albrecht u. Genossen (soz.) betr. den Achtstundentag in der Glasindustrie.

Darauf tritt das Haus in die Spezialdebatte ein.

Eine Reihe von Titeln wird debattelos genehmigt.

Es folgt das Kapitel „Allgemeine Fonds". Abg. Held (nat.-lib.) wünscht eine größere Förderung der deutschen Küstenschiffahrt. Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

Abg. Erzberger (Zentr.) bemerkt bei den „Dampfersubventionen", daß die gesetzliche 14tägige Fahrt der Ostafrikalinie nicht eingehalten worden und daß die Frachttarife im freien Verkehr billiger seien.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Bei den vom Vorredner gerügten Verhältnissen handelt es sich lediglich um provisorische versuchsweise Einrichtungen; die gegenwärtigen Verhältnisse der Ostafrika-Linie entsprechen den Bedürfnissen unsrer Kolonien, und ich empfehle Ihnen aus praktischen Gründen, es vorläufig ohne gesetzliche Festlegung zu belassen.

Direktor des Reichsamts des Innern von Joncquières: Eine regelmäßige 14tägige Verbindung ist lediglich im Interesse der Post gelegen; für den Personenverkehr ist sie vorläufig noch nicht unbedingt notwendig. Eine Abänderung des Gesetzes dürfte nicht geboten sein. Die Meinung, daß die Tarife auf einer subventionierten Linie billiger sein müssen als im freien Verkehr, ist unrichtig, eine subventionierte Linie muß unter Berücksichtigung der Subvention noch eine mäßige Verzinsung bringen. Das ist der Grundsatz der Kalkulation.

Abg. Semler (natl.) pflichtet den Ausführungen des Direktors des Reichsamts des Innern bei und betont, daß die Ostafrika-Linie von den Kolonien allein nicht bestehen könne.

Abg. Arendt (freik.): Ich glaube, daß die Ostafrika-Linie den Interessen unsrer Kolonien entspricht; ob ihr Fahrplan formal noch dem Gesetz von 1894 genügt oder nicht, ist unter solchen Gesichtspunkten doch nebensächlich.

Abg. Noske (soz.) bemerkt zum Titel „Zuschuß zu den auf Grund des Invaliden-Versicherungsgesetzes zu zahlenden Renten", daß der Zuschuß diesmal geringer sei als im Jahre vorher, trotzdem die Zahl der Unfälle gewachsen ist.

Der Titel wird bewilligt.

Ohne weitere erhebliche Debatte werden bewilligt: der Rest der „Allgemeinen Fonds", das Kapitel „Reichskommissariate", das Kapitel „Bundesamt für das Heimatwesen", bei dem die Abgg. Kulerski (Pole), Brejski (Pole), Bebel (soz.) und Müller-Meiningen (frs. Vp.) über die Erschwerung der Naturalisation von Ausländern Klage führen und Unterstaatssekretär Wermuth eine Revision des Gesetzes in Aussicht stellt. Ferner wird fast ohne Debatte erledigt: das Kapitel „Schiffsvermessungsamt", die „Entscheidenden Disziplinarbehörden", die „Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen", „Statistisches Amt" und die „Normal-Eichungskommission".

Darauf vertagt sich das Haus.

Von Nah und Fern.

Die Geschenke des Kaisers an das Carnegie-Institut in Pittsburg (Ver. Staaten) bestehen, wie Staatsminister v. Möller ankündigte, in einem wertvollen Werke der Staatsökonomie aus dem Ministerium des Innern, Nachbildungen wertvoller Stahlstiche aus dem 15. bis 18. Jahrhundert, Porträts des Kaisers, des Prinzen Heinrich, Washingtons, Roosevelts und Jeffersons, einer Sammlung alter persischer Gedichte und einer Sammlung militärischer Schriften sowie wissenschaftlicher Werke.

Gestörtes Glück.

2] Kriminalroman von A. v. Trystedt.

(Fortsetzung.)

Wenngleich Fokmer, der ein sehr klares Auffassungsvermögen besaß und eisernen Fleiß an die Erlernung des technischen Postdienstes setzte, sich alsbald die nötigen Kenntnisse dieses in unsern Tagen so komplizierten Dienstes angeeignet hatte, so gab es doch noch mancherlei Dienstverrichtungen, die ihm, wie man zu sagen pflegt, nicht recht von der Hand wollten. Es war dies kein Mangel an Geschicklichkeit des jungen Mannes, die Ursache des „Andenfingernklebens", wie sein älterer Kollege ungeschicktes Arbeiten nannte, lag vielmehr darin, daß der Vorsteher der Postanstalt Fokmer bis vor kurzem nur von Zeit zu Zeit aushilfsweise zu den Postdienstgeschäften heranzog.

Dieses Nichtvertrautsein mit den technischen Funktionen seines neugewählten Berufes, das unter Umständen manches Gefahrvolle in sich birgt, sowie eine ausgesprochene Vertrauensseligkeit im Geldverkehr schienen Fokmer verhängnisvoll geworden zu sein, wenn wir aus seinem geschilderten Charakter eine Veruntreuung des, wie der alte Steiner angedeutet, plötzlich verschwundenen Geldbriefes nicht für wahrscheinlich halten können.

Bei seinen Kollegen stand Fokmer, trotzdem er außer der Dienstzeit selten mit ihnen verkehrte und seine Zeit ausschließlich dem Studium seines Faches oder den Wissenschaften widmete, in besonderer Achtung, da er freundlich und bescheiden auftrat, gern sich belehren ließ und bereitwilligst bei sich darbietender Gelegenheit andre im Amte vertrat. Nur sein kopfhängerisches grübelndes Wesen gefiel ihnen nicht.

Trotzdem lebte er mit den Kollegen im Frieden und erfreute sich, da sein Lebenswandel ein sittlich lauterer war, der besonderen Gunst aller, die ihn näher kennen gelernt hatten.

Amalie hatte im Postamte am Abend der Verhaftung Fokmers nur so viel von dem Vorsteher der Postanstalt erfahren, daß es sich um das rätselhafte Verschwinden eines Geldbriefes mit mehreren tausend Mark handle, welchen unterschlagen zu haben Fokmer dringend verdächtig erscheine. Mit aller Reserve hatte der dem jungen Beamten wohlwollende Vorgesetzte gegen die von dieser Nachricht wie niedergeschmetterte Braut die Äußerung getan: Nach den Ermittelungen über den so eigentümlichen Fall und den sich hierbei ergebenden Nebenumständen schiene Fokmer allerdings dringend der Untreue verdächtig, aber nach seiner persönlichen Überzeugung hielte er ihren Bräutigam einer solchen verbrecherischen Tat nicht für fähig.

War das nun des Mannes wirkliche Überzeugung gewesen oder wollte dieser der bestürzten jungen Dame nur einige tröstende Worte mit auf den Weg geben, immerhin war Amalie beruhigter gegangen als gekommen.

Auch die Mutter Amaliens, der eine geschwätzige Freundin schon am Tage nach der Verhaftung ihres demnächstigen Schwiegersohnes diese Nachricht geflissentlich überbracht hatte, zeigte sich darüber durchaus nicht so beunruhigt und ergriffen, als man hätte vermuten können.

„Herr Fokmer", sagte sie sanft und würdevoll, „ist ein Ehrenmann, der einer gemeinen Handlung unfähig ist. Glauben Sie mir, wer so wie ich, Blicke in sein selbstloses, edles Herz getan hat, wird nie zu dem Glauben zu überreden sein, der Mann sei doch nur ein elender, heuchlischer Verbrecher."

Das etwa war die erste Antwort auf die verleumderischen Reden andrer, die sich herbeiließen, in wegwerfender Weise über den Verhafteten zu sprechen.

3.

Es ist nun wohl an der Zeit, den Tatbestand des vorliegenden Falles durchzugehen. Wir können dies an der Hand der stattgehabten Untersuchung.

In den vorigen Kapiteln wurde bereits erwähnt, daß der Postsekretär Fokmer im Verdachte stand, einen Wertbrief unterschlagen zu haben.

Der in Frage stehende Brief war am 30. Oktober in Hamburg von einem Bankhause an die Adresse Rother u. Komp. in D. mit sechstausend Mark in Banknoten zur Post befördert worden und am Spätnachmittage des nächsten Tages in D. auf dem Postamte richtig eingetroffen.

Der Beamte, welchem die Bearbeitung der angekommenen Postsachen zurzeit oblag, war Fokmer gewesen. Genannter Wertbrief war mit mehreren andern unter denen ein zweiter mit ebenfalls sechstausend Mark Wertinhalt sich befunden hatte, gleichzeitig in D. eingegangen, in das betreffende Eingangsbuch für Wertsendungen richtig eingetragen, aber nicht zu Händen der Empfänger, Rother u. Komp., gelangt, was den Chef dieser Firma veranlaßte, nach dem Verbleib des Wertbriefes, der am 1. November bereits erwartet wurde, zwei Tage später auf dem Postamte Nachfrage zu halten.

Die Bestürzung und Ratlosigkeit unter dem ganzen Postpersonal war eine große, als nach langem Suchen und Forschen festgestellt war: der Wertbrief ist, während Fokmer ihn unter den Händen hatte, in Verlust geraten — gestohlen wagte man im ersten Augenblick noch nicht zu sagen.

Diese fatale Entdeckung wurde am 2. November nachmittags, also zwei Tage nach Eingang des Wertbriefes, gemacht.

Der Vorfall wurde postseitig und auch vom Empfänger in den ersten Tagen tunlichst geheim gehalten, da man noch der Meinung war, der Wertbrief würde sich wieder herbeischaffen lassen. Er konnte zwischen die abzusendenden Briefe geraten und mit diesen nach einer andern Postanstalt weiter gesandt sein, was ja schon oft passiert war.

Allein diese einzige, schwache Hoffnung erwies sich bald als trügerisch. Auf alle telegraphische Anfragen wegen des Geldbriefes bei den in Betracht kommenden Postanstalten lauteten die Antworten stets verneinend.

Wo ist der Geldbrief geblieben? fragte man sich endlich, als man vor der nackten Tatsache stand: der Geldbrief fehlt.

Nächst Fokmer wurde von diesem Verluste der bejahrte Vorsteher der Postanstalt, Postdirektor Schulz, am meisten getroffen. Dem schon an die vierzig Jahre in dem Postdienste

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK BAUTZEN BUDYŠIN